

zu TOP .....



Mainz, 25.11.2014

## Anfrage 1741/2014 zur Sitzung am Unterbringung von Flüchtlingen (DIE LINKE)

Laut dem Koalitionsvertrag von SPD, GRÜNEN und FDP müssen alle Unterbringungsmöglichkeiten menschenwürdigen Anforderungen genügen. Im Gegensatz dazu brachte Sozialdezernent Kurt Merkator die Unterbringung von Flüchtlingen auf Schiffen ins Gespräch und bezeichnete gleichzeitig in einem Artikel der Allgemeinen Zeitung (21.11.2014) die Vermischung der Themen Sozialwohnungen und Flüchtlingsunterbringung als unredlich. Die Anzahl der asylsuchenden Menschen wird jedoch weiter ansteigen, und ein langfristiges Unterbringungskonzept, das Flüchtlinge in das Mainzer Stadtleben einbezieht ist dringend erforderlich.

Wir fragen daher an:

1. Was will die Stadt Mainz tun, um Flüchtlinge langfristig in der Stadt Mainz und in das Mainzer Stadtleben unterzubringen?
2. Sieht die Stadt Mainz Möglichkeiten, Sozialwohnungen für Flüchtlinge bereitzustellen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wieso enthält die Wohnberechtigungsscheinregelung in Mainz eine 2-Jahrs-Ausschlussklausel? (Zitat aus dem Merkblatt zum Wohnberechtigungsschein: "Die Wohnungssuchenden müssen zur Wohnbevölkerung gehören, d. h. sie müssen entweder Deutsche sein oder über eine Aufenthaltserlaubnis von mindestens zwei Jahren verfügen.")
5. Das Landeswohnraumförderungsgesetz sieht keinen ausdrücklichen Ausschluss von Flüchtlingen als Zielgruppe vor (Paragraph 2). Zudem wird weder ein genauer Aufenthaltsstatus genannt (Paragraph 2 und 17, Satz 1), noch werden definitive Zeiträume festgelegt (Satz 2). Zudem werden Ausnahmeregelungen ermöglicht (Satz 4). Wie erklären Sie sich die Widersprüche zwischen der genannten Ausschlussklausel bei der Wohnberechtigungsscheinregelung der Stadt Mainz und den Paragraphen 2 und 17 im Wohnraumförderungsgesetz?

**6. Warum legt die Wohnberechtigungsscheinregelung in Mainz das Landeswohnraumförderungsgesetz zulasten von Flüchtlingen aus? Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Mainz, das Landeswohnraumförderungsgesetz zugunsten der Flüchtlinge auszulegen?**

**7. Welche Formen mietpreisgebundenen Wohnraums sieht die Stadt Mainz neben den klassischen Formen des sozialen Wohnungsbaus?**

Frau Katharina Jahn